

**N i e d e r s c h r i f t**

über die 26. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 13.03.2013  
- Öffentlicher Teil -

---

Sitzungsraum: Ratssaal  
Beginn: 17:02 Uhr  
Ende: 22:20 Uhr

Anwesend:

**Bürgermeister**

Herr Daniel Zimmermann

**Mitglieder der CDU-Fraktion**

Herr Günter Bosbach  
Herr Tim Brühland  
Herr Karl-Heinz Göbel  
Herr Heinz-Jürgen Goldmann  
Herr Markus Gronauer  
Frau Gabriele Hackel  
Herr Karl König  
Herr Bruno Kosmala  
Herr Reinhard Ockel  
Herr Harald Schlee  
Herr Markus Schneider  
Herr Peter Werner

**Mitglieder der Fraktion PETO**

Herr Florian Große-Allermann  
Herr Torsten Kinzel  
Herr Karsten Köchling  
Frau Jana Lang  
Frau Janne Oberdieck  
Frau Lisa Pientak  
Herr Max Riedel  
Herr Lucas Risse  
Herr Michael Strauss  
Herr Jens Timmermann  
Herr Sven Timmermann

bis einschl. Tagesordnungspunkt ö 26

**Mitglieder der SPD-Fraktion**

Frau Petra Arend-Karl  
Herr Alaattin Bayrak  
Herr Werner Goller  
Herr Roland Gunia  
Herr Thomas Heinen  
Herr Benjamin Daniel Kenzler  
Herr Helmut Nieswand  
Frau Ursula Schlößer

Herr Alexander Schumacher

**Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen**

Herr Manfred Poell  
Frau Andrea Stamm  
Herr Dr. Norbert Stapper

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Herr Ulrich Anhut  
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

**parteilos**

Frau Lilo Friedrich

bis einschl. Tagesordnungspunkt ö 7

**Rechnungsprüfung**

Herr Harald Beier  
Herr Georg Mittmann

**von der Verwaltung**

Herr Andreas Apsel  
Frau Annette Berg  
Herr Martin Frömmer  
Herr Peter Heimann  
Frau Gisela Herforth  
Herr Max Herrmann  
Herr Guido Krämer  
Herr Edgar Lenz  
Herr Roland Liebermann  
Herr Michael Lobe  
Herr Georg Thomanek  
Herr Uwe Trost  
Herr Thomas Waters

bis Tagesordnungspunkt ö 19

**Schriftführerin**

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

**Mitglieder der Fraktion PETO**

Herr Andreas Piana

**Mitglieder der FDP-Fraktion**

Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz

**von der Verwaltung**

Herr Kurt Hundenborn

**TAGESORDNUNG**

## I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Kenntnisnahme der Niederschrift der 25. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein am 19.12.2012 - öffentlicher Teil  
-
3. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/1158
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1. Unterbrechung)
5. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - Anregung: "Straßenneubenennung - Bauprojekt "Alte Brauerei, Biesenstraße" VIII/1175
6. Inklusion vor Ort als gesamtstädtische Herausforderung - Prozessauftakt VIII/1140  
  
Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung).
7. Durchführung einer Gedenkveranstaltung anlässlich des rassistischen Brandanschlages in Solingen am 29.05.1993 VIII/1124/1
8. Bestellung der Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein VIII/1119
9. Handlungskonzept - Zukunftswerkstatt Berliner Viertel VIII/1171
10. Neubau der Musik- und Kunstschule - Entwurfskonzept und Planungsbeschluss VIII/1144
11. Unterbringung der Hauptschule VIII/1121
12. Bildung einer Überhangklasse an der Peter-Ustinov-Gesamtschule zum Schuljahr 2013/2014 VIII/1176
13. Austausch Kunstrasenbelag Sportanlage Sandstraße VIII/1167
14. Bau eines halben Kunstrasenplatzes im Rheinstadion VIII/1168
15. Förderung betrieblicher Kindertagesstätten in Monheim am Rhein VIII/1130
16. Kindergartenbedarfsplan und Ausbau U3 für das Kindergartenjahr 2013/2014 VIII/1131
17. Bebauungsplan Nr. 43 M 1. Änderung "Neustraße" - Abwägung der eingegangenen Anregungen - Satzungsbeschluss VIII/1105

18.	Bebauungsplan Nr. 94.1 M "Am Kielsgraben" - 2. Änderung - Abwägung der eingegangenen Anregungen - Satzungsbeschluss	VIII/1114
19.	Bebauungsplan Nr. 50 B - Grazer Straße / Berghausener Straße - Abwägung der eingegangenen Anregungen - Satzungsbeschluss	VIII/1128
20.	54. Änderung des Flächennutzungsplanes "Am Waldbeerenberg" - Behandlung der Anregungen - Feststellungsbeschluss	VIII/1135
21.	Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung des Bürgermeisters	VIII/1152/1
22.	Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung	VIII/1163
23.	Änderungssatzung zur Vergnügungssteuersatzung	VIII/1178
24.	Behandlung des Jahresfehlbetrages 2007	VIII/1166
25.	Ermächtigungsübertragungen 2011 und 2012	VIII/1165
26.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.02.2013 "Neukonzeption Krämersee"	VIII/1172
27.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Integriertes Wasserkonzept für eine ökologische Wasserwirtschaft	VIII/1173
28.	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Energetische Optimierung des mona mare	VIII/1174
29.	Nachwahlen und Nachbesetzung in Ausschüssen	VIII/1156
30.	Mündliche Mitteilungen	
30.1.	Änderung von Sitzungsterminen des Wirtschaftsförderungsbeirates	
30.2.	Stellungnahme des Landrates/Kommunalaufsicht zur Haushaltssatzung 2013 und Stellungnahme der Verwaltung	
30.3.	Schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.03.2013 zu "Elektronische Anzeigetafeln des ÖPNV"	
31.	Mündliche Anfragen	
31.1.	Anfrage von Ratsfrau Schlößer - SPD - "Sachstand im Klageverfahren der Stadt gegen den ehemaligen Bürgermeister"	

## **SITZUNGSERGEBNIS:**

### **In öffentlicher Sitzung**

#### **1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister eröffnet die 26. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die zahlreich erschienenen Besucherinnen und Besucher.

Er teilt mit, dass folgende Ratsmitglieder entschuldigt fehlen:  
Frau Prondzinsky-Kohlmetz - FDP - und Herr Andreas Piana - PETO - .  
Frau Dr. Schröder-Weber - FDP - wird verspätet an der Ratssitzung teilnehmen.  
Frau Lisa Pientak - PETO - und Frau Lilo Friedrich - parteilos - werden die Sitzung vorzeitig verlassen.

Der Bürgermeister weist auf folgende Erweiterungen der Tagesordnung hin:  
Erweiterung der TO um TOP ö 12 neu, Vorlage VIII/1176,  
„Bildung einer Überhangklasse an der P-U-G zum Schuljahr 2013/2014“  
und  
Erweiterung der TO um TOP ö 23 neu, Vorlage VIII/1178,  
„Änderungssatzung zur Vergnügungssteuersatzung“  
Die Vorlagen wurden mit Schreiben vom 08.03.2013 in die Postfächer verteilt.

Ergänzend gibt der Bürgermeister weitere Hinweise zur Tagesordnung:

1. zu TOP ö 26 neu, Vorlage VIII/1172, zu TOP ö 27 neu, Vorlage VIII/1173 und zu TOP ö 28 neu, Vorlage VIII/1174 - Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

Die Stellungnahmen der Verwaltung wurden mit Schreiben vom 08.03.2013 in die Postfächer verteilt.

2. zu TOP ö 21, Vorlage VIII/1152/1, „Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung des Bürgermeisters

Die Vorlage wurde als Tischvorlage an die Plätze verteilt.

3. Es wurden noch folgende Unterlagen an die Plätze verteilt:
  - Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.03.2013 zu „Elektronische Anzeigetafeln des ÖPNV“ und Stellungnahme der BSM vom 12.03.2013
  - Stellungnahme des Landrats/Kommunalaufsicht zur Haushaltssatzung 2013 vom 31.01.2013 und Stellungnahme der Verwaltung vom 08.03.2013

Gegen die vorgelegte erweiterte Tagesordnung ergeben sich keine Bedenken.

#### **2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 25. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein am 19.12.2012 - öffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

**3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen  
Vorlage: VIII/1158**

Der Ausführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

**4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (1. Unterbrechung)**

Es liegen keine Wortmeldungen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Sitzung nochmals um 18.00 Uhr oder nach Abhandlung des dann laufenden Tagesordnungspunktes für eine weitere Fragezeit unterbrochen wird.

Vor Eintritt in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 5 meldet der Bürgermeister Ausschließungsgründe an und nimmt im Zuschauerraum Platz.

Die Sitzungsleitung während dieses Tagesordnungspunktes wird durch den stellvertretenden Bürgermeister, Herrn Günter Bosbach - CDU -, übernommen.

**5 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - Anregung: "Straßenneubenennung - Bauprojekt "Alte Brauerei, Biesenstraße"  
Vorlage: VIII/1175**

Auf Nachfrage eines Sprechers der SPD-Fraktion erklärt der Vorsitzende mit Hinweis auf die Vorlage, dass die Wege an den Hauszeilen u.a. mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht für die Allgemeinheit festgesetzt seien. Durch die Aufnahme in das offizielle Straßenverzeichnis würde sich an dieser Festsetzung nichts ändern. Ein Durchgangsverbot schließe sich aus.

Grundsätzlich wird die vorgeschlagene Benennung der Stichwege in „Alte Brauerei“ begrüßt.

**Beschluss**

Der Rat nimmt die Anregung zustimmend zur Kenntnis.  
Der Rat beauftragt die Verwaltung, den Straßennamen in die offizielle Straßenliste zu übernehmen und mit dem Zusatz „Privatstraße“ zu versehen.

**einstimmig zugestimmt**

Der Bürgermeister nimmt wieder seinen Platz ein. Er übernimmt wieder die Leitung der Ratsitzung. Er bedankt sich bei Herrn Bosbach für die Vertretung.

**6 Inklusion vor Ort als gesamtstädtische Herausforderung  
- Prozessauftakt  
Vorlage: VIII/1140**

Der Bürgermeister begrüßt Herrn Reinhold Patt und erteilt diesem das Wort.

Herr Patt stellt sich kurz vor und hält einen Impulsvortrag. Im Anschluss daran stellt Herr Patt die Projektskizze vor.

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf die fünf strategischen Ziele und stellt fest, dass diese bei der Umsetzung der Idee Inklusion beibehalten und fortentwickelt werden sollen.

Sprecher der Fraktionen von SPD, FDP, CDU und PETO erklären übereinstimmend, dass man die Verwaltungsvorlage sehr begrüße und dieser zustimmen werde. Vertreter von FDP und SPD führen aus, dass das Thema Inklusion und Schule vorrangig zu betrachten und die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen vorrangig zu behandeln sei.

Auf den Hinweis von fehlenden Konzepten der Landesregierung zur Inklusion speziell geistig behinderter Kinder, antwortet Herr Patt, dass der bestehende Rechtsanspruch auf Teilhabe zwar bestehe, dieser aber nicht in allen Fällen unbedingt dem Kindeswohl entspreche. Weder durch die Systeme noch durch die Kinder könne eine „Hauruck“-Umsetzung von Inklusion geschafft werden.

Im weiteren Verlauf der Beratung wird durch einen Sprecher der CDU-Fraktion deutlich gemacht, dass das Thema Inklusion nicht nur die Schulen betrifft. Als besonders wichtig wird deshalb Punkt 2 der Vorlage begrüßt, wonach Vertreter aus allen örtlichen Vereinen, Verbänden, Initiativen usw. in der zu bildenden Lenkungsgruppe vertreten sein sollen.

Übereinstimmung besteht in der Auffassung, dass Inklusion ein dauerhaftes Thema sein werde und Inklusion auch an viele Grenzen stoßen werde. Es wird positiv betrachtet, dass die Verwaltung bereits zum jetzigen Zeitpunkt in den Lernprozess einsteigen wolle. Man solle und könne nicht abwarten, bis alle noch fehlenden Bedingungen vorliegen würden.

Zur Frage des weiteren Zeitrahmens und dem Wunsch nach einer Auftaktveranstaltung vor der Sommerpause erklärt der Bürgermeister, dass er die Bildung der Lenkungsgruppe vor der Sommerpause zusage.

Zum Abschluss der Beratung bedankt sich der Bürgermeister bei Herrn Patt für dessen Vortrag und wünscht ihm einen guten Heimweg.

Die dem Vortrag zugrunde liegende Powerpoint-Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

## **Beschluss**

### **1.**

Die Stadt Monheim am Rhein leitet auf Grundlage der in der Sitzung vorgestellten Projektskizze und unter Berücksichtigung des Beratungsverlaufs einen Veränderungsprozess ein und stellt die Beteiligung möglichst vieler Akteure aus unterschiedlichen Bereichen sicher.

### **2.**

Der Prozess wird durch eine Lenkungsgruppe begleitet, die mit Vertretern örtlicher Verbände, Vereine, Initiativen, des Ehrenamts, des Rates und der Verwal-

tung zu besetzen ist. Der Prozess wird durch externe Begleitung unterstützt.

**3.**

Die je nach Zielsetzung erforderlichen personellen Ressourcen werden – ggf. auch unterjährig – zur Verfügung gestellt.

**einstimmig zugestimmt**

### **Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner (2. Unterbrechung)**

1. Herr Christian Baust, Friedenauer Str. 26, bemängelt den Umgang mit arbeitslosen Behinderten oder älteren Arbeitslosen durch die Sachbearbeitung des Bereiches Ordnung und Soziales. Sollte jemand für arbeitsunfähig erklärt werden, müsse zukünftig immer der Behindertenbeauftragte beteiligt werden. Herr Baust bezieht sich dabei auf das zuvor beratene Thema Inklusion, das s. E. in den angesprochenen Fällen gänzlich unberücksichtigt bliebe.

Der Bürgermeister bietet Herrn Baust zur Klärung des Sachverhalts ein persönliches Gespräch an. Herr Baust erklärt sich hiermit einverstanden.

2. Herr Robert Bossmann, Wolfhagener Str. 20, nimmt Bezug auf Tagesordnungspunkt 20 „54. Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Waldbeerenberg““ und weist auf seine Einwendungen im Offenlegungsverfahren und die in der E-Mail von vorgestern vorgetragenen ergänzenden Einwendungen hin. Die E-Mail habe er ebenfalls an die Ratsmitglieder weitergeleitet. Er trägt seine überwiegend schriftlich vorliegenden Anregungen und Einwendungen mündlich vor und bittet um Stellungnahme.

Der Bürgermeister beantwortet umfänglich die Fragen von Herrn Bossmann und weist ergänzend auf die nachfolgende Beratung zum Tagesordnungspunkt 20 hin. Hierbei werde über die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung und den Abwägungsprozess debattiert.

Die Nachfrage von Herrn Bossmann, ob eine weitere Fragezeit während der Beratung des Tagesordnungspunktes 20 aufgerufen werden könne, wird durch den Bürgermeister negativ beantwortet.

3. Herr Helmut Wilk, Helene-Lange-Straße 32, 1. Vorsitzender des Baumberger Turn- und Sportclub 1897 e.V., fragt zum Thema Inklusion nach, durch wen die Bildung der Lenkungsgruppe initiiert werde und unter welchen Kriterien evtl. Mitglieder ausgewählt würden.

Der Bürgermeister nimmt Bezug auf die Verwaltungsvorlage und teilt mit, dass der Veränderungsprozess möglichst kurzfristig in Gang gesetzt werden soll. An diesem Prozess sollen möglichst viele Akteure aus den unterschiedlichsten Bereichen teilnehmen. Die Lenkungsgruppe soll so angelegt sein, dass jeder, der an dem Prozess mitwirken möchte, teilnehmen könne.

4. Herr Josef Lambertz, Lortzingweg 9, bezieht sich auf verschiedene Baumfällaktionen, die in den vergangenen Wochen im Stadtgebiet vorgenommen



wurden. Wegen der gefälltten Bäume im Zusammenhang mit dem Ausbau des Aktionsspielplatzes im Rheinpark stellt er eine Frage direkt an ein Ratsmitglied und bittet um Beantwortung.

Der Bürgermeister weist auf die Geschäftsordnung des Rates hin, in der geregelt ist, dass Fragen im Rahmen der Fragezeit nur an den Bürgermeister zu richten sind. Anschließend führt der Bürgermeister aus, aus welchen Gründen die durchgeführten Baumfällungen an den verschiedenen Standorten erforderlich waren. Er stellt abschließend fest, dass Baumstandorte nicht leichtfertig aufgegeben und in den überwiegenden Fällen Ersatzpflanzungen vorgenommen würden.

5. Herr Manfred Schüller, Innsbrucker Straße 40, bezieht sich ebenfalls auf die Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Waldbeerenberg“ und fragt, warum für die Ausweisung neuer Wohnbebauflächen nicht zunächst die Fertigstellung des Baulückenkatasters abgewartet werde.

Der Bürgermeister beantwortet die Frage unter Hinweis auf die Ausführungen, die bereits im Rahmen der frühzeitigen Bürgerbeteiligung zu diesem Thema gemacht wurden. Die innerstädtischen Brachflächen reichten nicht aus, um die Nachfrage an Wohnbauflächen ausreichend zu decken.

6. Frau Anneliese Schüller, Innsbrucker Straße 40, weist auf ein brachliegendes Grundstück an der Bregenzer Straße hin, welches stark mit Müll verunreinigt sei. Wegen der Vermüllung seien dort auch schon Ratten und Mäuse gesehen worden. Sie fragt nach, ob die Stadt den Grundstückseigentümer nicht zur regelmäßigen Reinigung verpflichten könne.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Ordnungsbehörde diesbezüglich bereits in der Vergangenheit tätig wurde und immer dann aktiv werde, wenn sie von Missständen in der geschilderten Art in Kenntnis gesetzt werde. Der Eigentümer werde durch die Verwaltung aufgefordert, für Abhilfe zu sorgen.

Zu der weiteren Wortmeldung von Herrn Bossmann erklärt der Bürgermeister, dass er diese entgegen den Regelungen der Geschäftsordnung des Rates zur Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner zulassen werde.

7. Herr Robert Bossmann, Wolfhagener Straße 20, stellt weitere Fragen im Zusammenhang mit der Planung zur Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Waldbeerenberg“. Er fragt nach, warum keine Wohnbauflächen im Monheimer Süden, u.a. Im Pflingsterfeld entwickelt werden. Eine weitere Frage zielt auf den geplanten Standort des Sportplatzes ab.

Bezüglich des Sportplatzstandortes weist der Bürgermeister auf die vielfach stattgefundenen Diskussionen im Zusammenhang mit dem Sportstättenkonzept hin und zählt die Gründe für den jetzigen Standort auf. Zu den angesprochenen Flächenpotentialen im Monheimer Süden erklärt der Bürgermeister, dass weder im Flächennutzungsplan noch im Gebietsentwicklungsplan ausreichende Wohnbauflächenreserven ausgewiesen seien.

Unter erneuten Hinweis auf die Geschäftsordnung des Rates, wonach die Frage-

zeit für Einwohnerinnen und Einwohner auf 30 Minuten begrenzt ist und dieser Zeitraum zwischenzeitlich längst überschritten sei, erklärt der Bürgermeister, dass er noch die drei ihm jetzt vorliegenden Wortmeldungen zulassen werde.

8. Herr Siegmann nimmt ebenfalls Bezug auf die Flächennutzungsplanänderung „Am Waldbeerenberg“ und stellt in Frage, dass die vorgesehene verkehrliche Anbindung des Wohngebietes über den Holzweg funktionieren kann.

Der Bürgermeister bezieht sich auf das im Rahmen des Planverfahrens durchgeführte Gutachten, wonach die angenommenen Fahrzeugbewegungen sich als verträglich dargestellt hätten. Auf die Anmerkung, dass wegen der vorgenommenen Änderungen während des Verfahrens der aktuelle Planungsstand nicht mehr nachvollziehbar sei, bietet der Bürgermeister dem Fragesteller an, sich per E-Mail an das Planungsamt zu wenden, um sich von dort den neuesten Stand der Planunterlagen zusenden zu lassen. Diese seien allerdings auch über die Sitzungsunterlagen der Ratssitzung vom 19.12.2012 im Ratsinformationssystem auf der Homepage der Stadt Monheim am Rhein abrufbar.

9. Herr Theo Wittmann, Landecker Weg 16, bezieht sich ebenfalls auf das Flächennutzungsplanänderungsverfahren „Am Waldbeerenberg“ und stellt die grundsätzliche Frage nach der Notwendigkeit des Sportplatzes und nach der geplanten Art der Bebauung.

Der Bürgermeister antwortet, dass nach dem Wegfall der Sportfläche am Kielsgraben dringend Ausgleichflächen für Sport benötigt werden. Er führt eingehend zu dem Thema aus und weist ergänzend auf die Aussagen in der Bürgeranhörung hin. Zur Art der geplanten Bebauung erklärt der Bürgermeister, dass in dem Plangebiet 130 Wohneinheiten entstehen sollen, wovon 30 Prozent als sozialer Wohnungsbau ausgeführt werden sollen.

10. Herr Norbert Martin, Seefelder Weg 18, hat ebenfalls Nachfragen zum Flächennutzungsplanänderungsverfahren „Am Waldbeerenberg“. Er fragt nach, wie die Lärmbelästigung durch den Sportplatz verhindert werden soll.

Der Bürgermeister verweist auch hierzu auf die im Rahmen der Bürgerbeteiligung stattgefundenene Diskussion. Im Laufe der weiteren Verfahren werde das Thema Lärm- und Immissionsschutz zwingend beachtet. Er gibt ergänzend den Hinweis, dass der Feststellungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplanes erst die Grundlage für die Aufstellung des Bebauungsplanes bilde. Im Bebauungsplanverfahren werde das Thema Lärmschutz im Zusammenhang mit den planungsrechtlichen Festsetzungen behandelt.

## **7 Durchführung einer Gedenkveranstaltung anlässlich des rassistischen Brandanschlages in Solingen am 29.05.1993 Vorlage: VIII/1124/1**

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage und weist auf die Vorbereitungen im Integrationsausschuss und im Ausschuss für öffentliche und soziale Angelegenheiten hin. Er erklärt, dass die Veranstaltung in Zusammenarbeit mit städtischen Schulen vorbereitet werden soll.

Sprecher verschiedener Fraktionen begrüßen die Vorlage. Die Sprecherin der SPD-Fraktion bittet bei der Organisation zu beachten, die Gedenkveranstaltung so zu terminieren, dass die Teilnahme von Berufstätigen problemlos möglich sei.

### **Beschluss**

Anlässlich des Gedenkens an die Opfer des rassistischen Brandanschlags in Solingen vor zwanzig Jahren wird in Monheim am Rhein am 29.05.2013 oder zeitnah eine Gedenkveranstaltung durchgeführt.

### **einstimmig zugestimmt**

## **8 Bestellung der Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein Vorlage: VIII/1119**

### **Beschluss**

Mit Wirkung zum 01.08.2013 und für die Dauer von 6 Jahren werden

Herr Stadtbrandinspektor Dipl.-Ing. Hartmut Baur zum Leiter,  
Herr Stadtbrandinspektor Torsten Schlender und  
Herr Stadtbrandinspektor Achim Bremer zu stellvertretenden Leiter

der Freiwilligen Feuerwehr bestellt.

### **einstimmig zugestimmt**

## **9 Handlungskonzept - Zukunftswerkstatt Berliner Viertel Vorlage: VIII/1171**

### **Beschluss**

1. Der Rat nimmt das „Handlungskonzept – Zukunftswerkstatt Berliner Viertel“ (Anlage 1) zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung berichtet im Laufe des Jahres über Fortgang und Ergebnisse des eingeleiteten Beteiligungsprozesses.

### **einstimmig zugestimmt**

## **10 Neubau der Musik- und Kunstschule - Entwurfskonzept und Planungsbeschluss Vorlage: VIII/1144**

### **Beschluss**

1. Das Entwurfskonzept des Büros Hegger-Hegger-Schleiff Architekten, Kassel ist Grundlage der weiteren Planung für den Neubau der Musik- und Kunstschule am Berliner Ring.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung bis zur Genehmigungsreife /

Baugenehmigung durchzuführen und die dafür erforderlichen Planungsaufträge zu erteilen.

3. Die Finanzierung erfolgt durch die im Finanzplan B zum Haushalt 2013 unter I71.02.049 bereit gestellten Haushaltsmittel.

**einstimmig zugestimmt**

**11 Unterbringung der Hauptschule  
Vorlage: VIII/1121**

Ein Sprecher der FDP-Fraktion stimmt dem vorgeschlagenen Zeitplan grundsätzlich zu. Er bittet die Verwaltung um die Vorstellung eines Organisationskonzeptes, da man die Umsetzung als durchaus problematisch ansehe.

Der Bürgermeister weist mit Hinweis auf die Verwaltungsvorlage auf die enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit den drei betroffenen Schulleitungen hin. Der Wunsch nach einer Verschiebung des Umzugs zum Berliner Ring sei von dort an die Verwaltung herangetragen worden. Die Verschiebung um ein Jahr biete den Vorteil, dass im Schuljahr 2013/2014 nur noch 2 Jahrgänge mit insgesamt 3 Klassen an der Hauptschule vorhanden seien. Es handele sich somit um eine überschaubare Größenordnung. Er führt aus, dass die Mittel zur Schaffung von Räumen für eine Übergangszeit durch Ratsbeschluss in die Finanzplanung aufgenommen worden seien. Abschließend sichert der Bürgermeister die enge Abstimmung mit den betroffenen Schulleitungen ausdrücklich zu.

**Beschluss:**

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

**einstimmig zugestimmt**

**12 Bildung einer Überhangklasse an der Peter-Ustinov-Gesamtschule zum Schuljahr 2013/2014  
Vorlage: VIII/1176**

Sprecherinnen und Sprecher aller Fraktionen begrüßen die Bildung der Überhangklasse an der Peter-Ustinov-Gesamtschule. Wie der Bürgermeister bereits ausgeführt habe, komme dies besonders den Monheimer Schülern zugute. Alle für die Sekundarstufe I angemeldeten Monheimer Kinder könnten somit an einer Monheimer weiterführenden Schule angenommen werden.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bezieht sich auf ein aktuelles Urteil des OVG Münster wonach die Stadt Düsseldorf verpflichtet wurde, auswärtige Schüler an ihren Schulen aufzunehmen. Er fragt nach, ob aufgrund dieses Urteils auch die Stadt Monheim gezwungen werden könne, mehr Schüler aufzunehmen, als der vorhandene Schulraum es zulasse. Mit der Bildung der Überhangklasse stoße die Stadt an die räumlichen Grenzen. Könne das Urteil als Folge haben, zusätzlichen Schulraum schaffen zu müssen?

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Schulentwicklungsplanung mit den umliegenden Gemeinden Düsseldorf, Leverkusen und Langenfeld abgestimmt worden

sei. Die Schulentwicklungsplanung müsse stetig an die Bedarfe angepasst werden. Als Schulträger habe man die Verpflichtung, ein gewisses Angebot vorzuhalten. Das gelte allerdings auch für die Nachbarkommunen.

Anschließend führt der Bürgermeister auf Frage der Sprecherin der Fraktion Bündnis90/Die Grünen aus, aufgrund welcher Kriterien das Auswahlverfahren durchgeführt wird. Die Abstimmung erfolge in der Bildungskonferenz, die sich aus den Schulleitungen der drei weiterführenden Schulen zusammensetzt.

Auf die Frage eines Sprechers der SPD-Fraktion, ob zu der Problematik hinsichtlich der Bereitstellung weiterer Räumlichkeiten am Standort Peter-Ustinov-Gesamtschule bereits Aussagen getroffen werden könnten, teilt die Verwaltung mit, dass die bestehenden Raumbelungspläne hinsichtlich ihrer Auslastung überprüft werden müssten. In Abstimmung mit der Schule müsse eine Abwägung erfolgen, wie die Bedarfe an der PUG erfüllt werden könnten.

Auf die Vorhaltung der CDU-Fraktion welche Voraussetzungen sich geändert hätten, dass heute die kurzfristige Bildung einer Überhangklasse möglich sei, was im Jahr 2011 bei den zur Hauptschule angemeldeten 12 Schülern abgelehnt worden sei, antwortet der Bürgermeister dass zum damaligen Zeitpunkt nicht nur ein Anmeldeüberhang durch Hauptschüler, sondern auch noch ein Überhang von 50 Schülern bei der Gesamtschule vorgelegen habe. Auch bei Bildung einer Überhangklasse hätten Monheimer Schüler abgewiesen werden müssen. Durch das Urteil des OVG Münster sieht die Verwaltung die Richtigkeit der damals vertretenen Rechtsauffassung bestätigt.

Nach der Abstimmung bedankt sich der Bürgermeister bei dem Schulleiter der Peter-Ustinov-Gesamtschule, Herrn Sänger, dass er sich für die Beantwortung von Fragen bereit gehalten hatte.

### **Beschluss**

1. Der Rat zieht gem. § 9 Abs. 4 der Hauptsatzung die Entscheidung an sich.
2. Die Leitung der Peter-Ustinov-Gesamtschule wird im Rahmen von § 81 Abs. 1 in Verbindung mit § 46 Abs. 1 SchulG NRW aufgefordert, zum Schuljahr 2013/2014 eine Überhangklasse zu bilden.

### **einstimmig zugestimmt**

13

### **Austausch Kunstrasenbelag Sportanlage Sandstraße Vorlage: VIII/1167**

Der Bürgermeister erläutert die Vorlage und erklärt, dass eine Vorberatung in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport aus zeitlichen Gründen nicht in Frage komme. Deshalb schlage die Verwaltung vor, dass der Rat die Entscheidung gemäß der Hauptsatzung an sich ziehe. Dies treffe ebenfalls auf die Vorlage VIII/1168 „Bau eines halben Kunstrasenplatzes im Rheinstadion“ zu.

Die CDU-Fraktion stimmt der Vorlage zu. Sie regt an, bei Ziffer 4 des Beschlussvorschlages den letzten Satz des 1. Absatzes der Seite 3 aus der Begründung

anzufügen. Der Satz lautet wie folgt: Die Durchführung der Maßnahmen sind fortlaufend zu dokumentieren und die Kosten durch Rechnungsbelege jährlich bis zum 31.12. beim Sportbüro nachzuweisen.

Gegen die Ergänzung des Beschlussvorschlages ergeben sich keine Bedenken.

### **Beschluss**

Der Ratsbeschluss vom 23.03.2010 zu TOP 20, Sportstättenkonzept (Vorlagen-Nr. VIII/0187), wird wie folgt abgeändert:

1. Der Rat zieht gem. § 9 Abs. 4 der Hauptsatzung die Entscheidung über die Sanierung der Sportanlage Sandstraße an sich.
2. Der Kunstrasenbelag der Sportanlage Sandstraße wird im Jahr 2013 ausgetauscht.
3. Die finanziellen Mittel in Höhe von 255.000 Euro werden im Teilfinanzplan B des Jahres 2013 überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus zusätzlichen Einzahlungen bei dem Gemeindeanteil der Einkommensteuer.
4. Die Sportfreunde Baumberg werden nach dem Austausch verpflichtet, jährliche Unterhaltungsmaßnahmen gemäß 5.4 des Gutachtens auf eigene Rechnung zu beauftragen. Die Durchführung der Maßnahmen ist fortlaufend zu dokumentieren und die Kosten durch Rechnungsbelege jährlich bis zum 31.12. beim Sportbüro nachzuweisen.

**einstimmig zugestimmt**

## **14 Bau eines halben Kunstrasenplatzes im Rheinstadion Vorlage: VIII/1168**

Nachdem der Bürgermeister die Vorlage eingehend erläutert hat und sich bei dem 1. FC Monheim für dessen Kooperationsbereitschaft bedankt hat, meldet sich ein Sprecher der CDU-Fraktion zu Wort und erklärt, dieser Vorlage zuzustimmen.

Mit Hinweis auf den Vorschlag bei Tagesordnungspunkt 13 wird auch hier angeregt, bei Ziffer 4 des Beschlussvorschlages den letzten Satz des 1. Absatzes der Seite 3 aus der Begründung anzufügen. Der Satz lautet wie folgt: Die Durchführung der Maßnahmen sind fortlaufend zu dokumentieren und die Kosten durch Rechnungsbelege jährlich bis zum 31.12. beim Sportbüro nachzuweisen.

Gegen die Ergänzung des Beschlussvorschlages ergeben sich keine Bedenken.

### **Beschluss**

1. Der Rat zieht gem. § 9 Abs. 4 der Hauptsatzung die Entscheidung über den Bau des Kunstrasenfeldes an sich und beschließt den Bau eines halben Kunstrasenplatzes im Rheinstadion gemäß Planvariante 2. Das Linienmaß soll ca. 50 x 60m betragen.

2. Die finanziellen Mittel in Höhe von 83.200 Euro werden im Teilfinanzplan B des Jahres 2013 überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung erfolgt aus zusätzlichen Einzahlungen bei dem Gemeindeanteil der Einkommensteuer.
3. Der 1. FC Monheim wird vertraglich verpflichtet, jährlich wiederkehrende Unterhaltungsmaßnahmen auf eigene Rechnung zu beauftragen. Zu diesem Zweck ist ein Nachtrag zum Nutzungsvertrag des Rheinstadions mit dem 1. FC Monheim abzuschließen. Die Durchführung der Maßnahmen ist fortlaufend zu dokumentieren und die Kosten durch Rechnungsbelege jährlich bis zum 31.12. beim Sportbüro nachzuweisen.

**einstimmig zugestimmt**

**15 Förderung betrieblicher Kindertagesstätten in Monheim am Rhein  
Vorlage: VIII/1130**

**Beschluss**

1. Betriebliche Kindertagesstätten in Trägerschaft eines anerkannten Trägers der Jugendhilfe werden in die Bedarfsplanung für Kindertagesstätten in Monheim am Rhein nach Maßgabe der nachstehenden Ziffer 2 aufgenommen.
2. Die Verwaltung wird mit dem Abschluss einer Vereinbarung zur Förderung von betrieblichen Kindertagesstätten mit dem jeweiligen Träger beauftragt. Hierin sind folgende Rahmenbedingungen verbindlich aufzunehmen:
  - Belegung der Einrichtung mit 30% in Monheim am Rhein lebenden Kindern,
  - bei Nichterreichen der 30% Quote zur Belegung mit Monheimer Kindern erfolgt eine entsprechende Erstattung des städt. Anteiles für die nicht mit Monheimer Kindern belegten Plätze.

**einstimmig zugestimmt**

**16 Kindergartenbedarfsplan und Ausbau U3 für das Kindergartenjahr  
2013/2014  
Vorlage: VIII/1131**

**Beschluss**

**I. Betriebskindertageseinrichtung Verbund Monheimer Unternehmen**

Die sich in Planung befindliche Betriebskindertagesstätte der Unternehmensgemeinschaft Rheinpark wird ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 in die Kindergartenbedarfsplanung der Stadt Monheim am Rhein aufgenommen.

**II. Kindergartenbedarfsplan 2013/14**

Der von der örtlichen Jugendhilfeplanung nach § 19 Abs. 3 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) erhobene Bedarf bezüglich des Angebotes der Tageseinrichtungen für Kinder in Monheim am Rhein wird wie folgt festgesetzt:

Alter	Formen	Plätze	Gruppen
2-6 Jahre	Ia	4	0,20
	Ib	150	7,50
	Ic	318	15,09
0-3 Jahre	IIb	25	2,50
	IIc	85	8,50
3 Jahre und älter	IIIa	63	2,52
	IIIb	309	12,36
	IIIc	373	18,65

### III. Ausbauschritte U3 für das Kindergartenjahr 2013/14

Die Verwaltung wird entsprechend der aktualisierten U3-Ausbauplanung beauftragt, 54 zusätzliche U3-Plätze für das Kindergartenjahr 2013/14 zu schaffen.

### IV. Betreuungsquote U3

Die Betreuungsquote für Kinder im Alter zwischen 4 Monaten und 3 Jahren im Kindergartenjahr 2017/2018 wird auf 50% erhöht.

Die Verwaltung wird mit der Entwicklung eines Ausbaukonzeptes in Zusammenarbeit mit den freien Trägern zur Beschlussfassung im Rahmen der Kitaplanung 2014/2015 ff. beauftragt.

**einstimmig zugestimmt**

- 17 **Bebauungsplan Nr. 43 M 1. Änderung "Neustraße"**  
**- Abwägung der eingegangenen Anregungen**  
**- Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: VIII/1105**

#### Beschluss

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage Nr.6 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 43M – 1. Änderung „Neustraße“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigelegt.

**einstimmig zugestimmt**

- 18 **Bebauungsplan Nr. 94.1 M "Am Kielsgraben" - 2. Änderung**  
**- Abwägung der eingegangenen Anregungen**  
**- Satzungsbeschluss**



## Vorlage: VIII/1114

### Beschluss

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage Nr.6 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 94.1M „Am Kielsgraben“ – 2. Änderung wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

einstimmig zugestimmt

## 19 **Bebauungsplan Nr. 50 B - Grazer Straße / Berghausener Straße** **- Abwägung der eingegangenen Anregungen** **- Satzungsbeschluss** **Vorlage: VIII/1128**

Aufgrund der Nachfrage des Sprechers der CDU-Fraktion wie der Lärmschutz zum Verbrauchermarkt gewährleistet werde, führt die Verwaltung aus, dass der Lärmschutz im Rahmen der Genehmigung des vorliegenden Bauantrages Berücksichtigung finden werde. Zu der bautechnischen Ausführung könne heute keine Aussage getroffen werden. Im Wege des Bauantragsverfahrens wolle die Verwaltung Einfluss auf die äußere Gestaltung nehmen.

Wegen vorgenannter Auskünfte bittet der Sprecher der CDU-Fraktion um die Aufnahme von textlichen Festsetzungen bei Nummer 4 bei Buchstabe A „Planungsrechtlichen Festsetzungen“.

Die Verwaltung gibt den Hinweis, dass eine Änderung der textlichen Festsetzungen, die im Planverfahren Grundlage der Beteiligung von Behörden, sonstigen Trägern öffentlicher Belange und der Bürgerbeteiligung waren, nicht ohne weiteres vorgenommen werden könne.

Der Bürgermeister unterbricht um 20.04 Uhr die Sitzung für 15 Minuten, um eine Klärung herbeizuführen.

Nach Wiederbeginn der Sitzung um 20.20 Uhr erklärt der Bürgermeister, dass die planungsrechtlichen Festsetzungen Buchstabe A geändert und ergänzt werden sollen.

Die Ziffer 4.2 „Bauliche Vorkehrungen zum Schutz vor Lärm, Lärmschutzwand im SO-Gebiet“ soll wie folgt lauten:

„Zum Schutz der vorhandenen benachbarten Wohnbebauung (WA) vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Geräuschemissionen) ist innerhalb des SO-Gebietes eine Lärmschutzwand von 2,0 m Höhe festgesetzt. **Die Lärmschutzwand soll dauerhaft mit Rankgewächsen oder Sträuchern gemäß Pflanzliste bepflanzt werden.** Ausnahmsweise kann auf die Lärmschutzwand oder Teile.... „

Gegen diese Formulierung ergeben sich keine Bedenken.

**Beschluss - unter Berücksichtigung der Änderungen der planungsrechtlichen Festsetzungen bei Buchstabe A**

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlage Nr.7 und 9 zur Drucksache beschlossen.
- Der Bebauungsplan Nr. 50B – Grazer Straße / Berghausener Straße wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

35 Ja-Stimmen: 12 CDU, 11 PETO, 9 SPD, 2 FDP, 1 BM  
 3 Enthaltungen: Bündnis90/Die Grünen

#### **einstimmig bei Enthaltungen zugestimmt**

Vor Eintritt in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 20 „54. Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Waldbeerenberg““ zeigt Ratsherr Gronauer - CDU -Ausschließungsgründe an und nimmt im Zuschauerraum Platz.

#### **20 54. Änderung des Flächennutzungsplanes "Am Waldbeerenberg" - Behandlung der Anregungen - Feststellungsbeschluss Vorlage: VIII/1135**

Eingangs erläutert der Bürgermeister die Vorlage und erklärt, dass die konkrete städtebauliche Planung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens erfolgen werde.

Herr Waters teilt mit, dass aufgrund der im Dezember 2012 beschlossenen Planvariante C Sondierungsgespräche mit Projektentwicklern stattgefunden hätten. Zwischenzeitlich sei bereits ein städtebauliches Konzept vorgelegt worden. Die Verwaltung gehe zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, Ende April/Anfang Mai verschiedene Investorenkonzepte vorstellen zu können.

Im weiteren Verlauf der Beratung machen die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP nochmals ihre ablehnende Haltung speziell zum Sportplatzbau an dem vorgesehenen Standort deutlich. Man bezieht sich auf die in den vergangenen Debatten vorgetragene Argumente und weist auf die kritische Haltung aus der benachbarten Bürgerschaft hin, die im Zusammenhang mit der Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner deutlich wurde. Die in der Planung vorgesehene Durchmischung der Wohnbauflächen mit Einfamilienhausbebauung und Geschosswohnungsbau wird eher unkritisch betrachtet. Aus sachlichen Gründen könne man der vorgelegten Planung nicht zustimmen.

Sprecher der Fraktionen von PETO und SPD erklären übereinstimmend, dass man der Verwaltungsvorlage zustimmen werde, weil damit ein großer Schritt zur Umsetzung des Sportstättenkonzeptes gemacht werde. Auch die durch die Planung sichergestellte Realisierung notwendiger Wohnbauflächen, insbesondere mit dem ausgewiesenen Anteil als Geschosswohnungsbau, wird positiv hervorgehoben. Zu der ablehnenden Haltung ihrer Vorredner wird ausgeführt, dass keine neuen Argumente vorgetragen wurden, die das Abweichen von der vorgestellten

ten Planung begründen könnten.

Der Bürgermeister äußert sich zu vorgetragenen Problemen hinsichtlich der schlechten gleichzeitigen Nutzung des Sportplatzes bei der Ausübung von z.B. Fußball und leichtathletischen Wurfdisziplinen. Er teilt mit, dass wegen des angesprochenen Nutzungskonfliktes zeitnah Gespräche mit den Sportvereinen vorgenommen werden sollen, um Klärung herbeizuführen. Auf die Nachfrage zur Möglichkeit der Ausübung von Speerwurf an diesem Standort, erklärt der Bürgermeister, dass diese Wurfdisziplin dort nicht ausgeübt werden könne. Für Wurfdisziplinen eigne sich bestens das Jahnstadion. Die konkrete Detailplanung der neuen Sportplatzanlage erfolge in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen.

Ergänzend teilt der Bürgermeister noch mit, dass man bei der ursprünglichen Planung (begonnen in 2009) zunächst davon ausgegangen sei, keinen Lärmschutz zu benötigen. Zwischenzeitlich sei man von dieser strikten Auffassung abgewichen. Zu Art, Umfang und Kosten von Lärmschutzmaßnahmen könnten zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Aussagen getroffen werden.

Nach Beendigung der Debatte stellt der Bürgermeister den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

### **Beschluss**

- Die Anregungen aus der Öffentlichen Auslegung der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen Nr. 09 zur Drucksache beschlossen.
- Die 54. Änderung des Flächennutzungsplanes „Am Waldbeerenberg“ wird beschlossen. Der Änderung ist gemäß § 5 (5) BauGB eine Begründung beigefügt.

### **Abstimmungsergebnis:**

21 Ja-Stimmen: 11 PETO, 9 SPD, 1 BM  
16 Nein-Stimmen: 11 CDU, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FDP  
1 Befangenheit CDU

**mehrheitlich zugestimmt**

Ratsherr Gronauer - CDU - nimmt wieder seinen Platz ein.

## **21 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 und Entlastung des Bürgermeisters**

**Vorlage: VIII/1152/1**

Eingangs teilt der Bürgermeister mit, dass für ihn keine Ausschließungsgründe wegen Befangenheit vorliegen würden. Er dürfe lediglich an der Abstimmung von Ziffer 2 des Beschlussvorschlages nicht teilnehmen. Er werde die Ziffern des Beschlussvorschlages deshalb getrennt zur Abstimmung aufrufen.

Nachdem die Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt hat, dass ihre Fraktion sich wegen verschiedener Beanstandungen aus dem Bericht bei der Abstimmung enthalte werde, erklären sowohl Sprecher der CDU-Fraktion als auch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit Hinweis auf die Diskussion aus dem Rechnungsprüfungsausschuss, dass man der Beschlussvorlage zustimmen werde. Die beanstandeten Beträge seien nachvollziehbar und die notwendigen Korrekturen können

ten nachgeholt werden.

Bevor der Bürgermeister zur getrennten Abstimmung über die Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages aufruft, weist er darauf hin, dass die konkrete Rechtsnorm bei Ziffer 2 des Beschlussvorschlages lauten muss: § 96 Abs. 1 Satz 4 GO NRW.

### **Beschluss**

1. Der Rat stellt gemäß §§ 96 und 101 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) den Jahresabschluss zum 31.12.2007 fest.

### **Abstimmungsergebnis:**

29 Ja – Stimmen: 12 CDU, 11 PETO, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 2 FDP, 1 BM  
9 Enthaltungen: SPD

### **einstimmig bei Enthaltungen zugestimmt**

2. Die Ratsmitglieder sprechen gemäß § 96 Abs. 1 Satz 4 GO NRW dem Bürgermeister die Entlastung aus.

### **Abstimmungsergebnis:**

28 Ja – Stimmen: 12 CDU, 11 PETO, 3 Bündnis90/Die Grünen, 2 FDP  
9 Enthaltungen: SPD

### **einstimmig bei Enthaltungen zugestimmt**

Der Bürgermeister hat bei Ziffer 2 des Beschlussvorschlages nicht mit gestimmt.

## **22 Änderungssatzung zur Hundesteuersatzung Vorlage: VIII/1163**

### **Beschluss**

Die Satzung zur 9. Änderung der Hundesteuersatzung für die Stadt Monheim am Rhein vom 25.11.1996 wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

### **einstimmig zugestimmt**

## **23 Änderungssatzung zur Vergnügungssteuersatzung Vorlage: VIII/1178**

### **Beschluss**

Die Satzung zur 3. Änderung der Vergnügungssteuersatzung für die Stadt Monheim am Rhein vom 22.12.2005 wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.

### **einstimmig zugestimmt**

**24**            **Behandlung des Jahresfehlbetrages 2007**  
**Vorlage: VIII/1166**

**Beschluss**

Der Jahresfehlbetrag des Jahresabschlusses 2007 in Höhe von 2.879.523,74 € wird durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt.

**Abstimmungsergebnis:**

29 Ja-Stimmen:        12 CDU, 11 PETO, 3 Bündnis90/Die Grünen, 2 FDP, 1 BM  
9 Enthaltungen:     SPD

**einstimmig bei Enthaltungen zugestimmt**

**25**            **Ermächtigungsübertragungen 2011 und 2012**  
**Vorlage: VIII/1165**

Die im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten übertragenen Ermächtigungen der Jahre 2011 und 2012 werden zur Kenntnis genommen.

**26**            **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grüne vom 27.02.2013 "Neukonzeption Krämersee"**  
**Vorlage: VIII/1172**

Die Sprecherin der antragstellenden Fraktion erläutert ausführlich den Antrag und konkretisiert die Vorschläge. Weiterhin nimmt sie Bezug auf die schriftlich vorliegende Antwort der Verwaltung. Als Fazit ihrer Ausführungen bittet sie die Verwaltung um die Erarbeitung eines neuen Konzeptes ggf. unter Hinzuziehung eines Gutachters.

Der Bürgermeister nimmt eingehend zu den Ausführungen Stellung und erklärt, dass wegen der vorliegenden Gegebenheiten dem Antrag nicht stattgegeben werden könne. Bezüglich der vorgeschlagenen Attraktivierung des Bades durch Ausweitung der Wellnessangebote und Erweiterung der Gastronomie weist der Bürgermeister auf bereits durchgeführte Wirtschaftlichkeits- bzw. Strategiegutachten zum mona mare hin, die durch den Aufsichtsrat in Auftrag gegeben wurden. Die beantragte Einbeziehung des Außengeländes sei durch die derzeitige Nutzung nicht möglich. Er schlägt den Antragstellern vor, sich an einer Ortsbesichtigung, die in den nächsten Wochen stattfinden soll, zu beteiligen, um sich mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut zu machen.

Sowohl ein Sprecher der CDU-Fraktion als auch die Sprecherin der PETO-Fraktion bitten um Rücknahme des Antrages. Man bezieht sich dabei u. a. auf das vorliegende Wirtschaftlichkeitsgutachten. Es wird vorgeschlagen, dieses der antragstellenden Fraktion, die keinen Sitz im Aufsichtsrat habe, zur Verfügung zu stellen, damit diese in den gleichen Kenntnisstand versetzt werde, wie die anderen Ratsfraktionen.

Gegen die Aushändigung des Gutachtens an die Fraktion Bündnis90/Die Grünen sieht der Bürgermeister keinen Grund und sagt die Zuleitung zu.

Im Verlauf der weiteren Diskussion schlägt ein Sprecher der SPD-Fraktion vor, den Antrag zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen zu verweisen und die angeregte Ortsbesichtigung mit

diesem Gremium durchzuführen. Auch er regt an, dass Gutachten an die Fraktion Bündnis90/Die Grünen weiterzuleiten.

Dem Antrag auf Verweisung an den zuständigen Fachausschuss schließt sich eine Sprecherin der FDP-Fraktion an. Auch die Sprecherin der antragstellenden Fraktion erklärt sich mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Im weiteren Verlauf der Beratung entwickelt sich eine Diskussion darüber, in welchem Gremium die Zuständigkeit gegeben sei, um über den Antrag zu beraten und zu beschließen. So wird angemerkt, dass der ASUBV nicht zuständig sein könne. Nur der MVV Aufsichtsrat könne Beschlüsse fassen, die das mona mare betreffen. Das bedeute, nur der Rat könne die Mitglieder des MVV Aufsichtsrates beauftragen antragsgemäß tätig zu werden. U.a. deshalb werde auch der Antrag auf Verweisung nicht unterstützt. Der Bürgermeister merkt an, dass der vorliegende Antrag nicht konkret genug ausformuliert sei, um abschließend im Rat beraten zu werden.

Seitens der antragstellenden Fraktion wird der Vorschlag gemacht, zunächst zu prüfen und zu klären, welches Gremium zuständig sei. Die Sprecherin stellt den Antrag auf Vertagung, um einen detaillierten Antrag nach einer Ortsbesichtigung vorzulegen.

Der Bürgermeister stellt den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

24 Nein – Stimmen: 12 CDU, 11 PETO, 1 BM

14 Ja-Stimmen: 9 SPD, 3 Bündnis90/Die Grünen, 2 FDP

**Der Antrag auf Vertagung ist mehrheitlich abgelehnt.**

Anschließend meldet sich die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grüne zu Wort und zieht den Antrag zurück.

Der Bürgermeister bietet den Antragstellern nochmals an, sowohl mit ihm als auch mit dem Geschäftsführer des mona mare Kontakt zum Informationsaustausch aufzunehmen und lädt sie zu einer Ortsbesichtigung ein.

**27 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grüne - Integriertes Wasserkonzept für eine ökologische Wasserwirtschaft  
Vorlage: VIII/1173**

Die Sprecherin der antragstellenden Fraktion erläutert eingehend den Antrag und regt an, diesen zur eingehenden Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen zu verweisen.

Der Bürgermeister stellt die Verweisung des Antrages zur weitergehenden Beratung in den Fachausschuss zur Abstimmung.

**Beschluss**

Der Rat verweist den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zur weitergehenden Beratung in den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen.

**einstimmig zugestimmt**

- 28 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Energetische Optimierung des mona mare**  
**Vorlage: VIII/1174**

Der Bürgermeister verweist auf die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung und teilt auf weitere Nachfrage mit, dass der Rat über die Ergebnisse des in Auftrag gegebenen Konzeptes zur energetischen Optimierung informiert werde.

Die Sprecherin der antragstellenden Fraktion Bündnis90/Die Grüne zieht den Antrag zurück.

- 29 Nachwahlen und Nachbesetzung in Ausschüssen**  
**Vorlage: VIII/1156**

**Beschluss**

1. Die Nachbesetzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport wird gemäß der beigefügten Anlage beschlossen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Die Nachbenennung des beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss durch die Evangelische Kirchengemeinde Monheim wird zur Kenntnis genommen.

**einstimmig zugestimmt**

- 30 Mündliche Mitteilungen**

- 30.1 Änderung von Sitzungsterminen des Wirtschaftsförderungsbeirates**

Der Bürgermeister teilt mit, dass die vorgesehenen Sitzungstermine des Wirtschaftsförderungsbeirates vom 23.04.2013 und 28.05.2013 abgesagt werden sollen. Anstelle dieser Termine soll der 07.05.2013 als neuer Termin festgelegt werden. In dieser Sitzung würden sich dann die neuen Beschäftigten für den Bereich Citymarketing/Tourismus vorstellen können.

- 30.2 Stellungnahme des Landrates/Kommunalaufsicht zur Haushaltssatzung 2013 und Stellungnahme der Verwaltung**

Der Bürgermeister weist auf das Schreiben des Landrates vom 31.01.2013 zur Haushaltssatzung 2013 und die dazu abgegebene Stellungnahme der Verwaltung vom 08.03.2013 hin, die vor der Sitzung an die Plätze verteilt wurde.

- 30.3 Schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.03.2013 zu "Elektronische Anzeigetafeln des ÖPNV"**

Der Bürgermeister weist auf die an die Plätze verteilte Anfrage der SPD-Fraktion und die dazu ergangene Stellungnahme der Bahnen der Stadt Monheim GmbH vom 12.03.2013 hin.

**31 Mündliche Anfragen**

**31.1 Anfrage von Ratsfrau Schlößer - SPD - "Sachstand im Klageverfahren der Stadt gegen den ehemaligen Bürgermeister"**

Frau Schlößer erkundigt sich nach dem Verfahrensstand in dem Klageverfahren der Stadt Monheim am Rhein gegen den ehemaligen Bürgermeister wegen der Rückforderung von Vergütungen aus Nebentätigkeiten.

Der Bürgermeister erklärt, dass er dazu im nichtöffentlichen Teil berichten werde.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung, bedankt sich bei den Zuhörern und wünscht einen guten Heimweg.

---

Daniel Zimmermann  
Bürgermeister

---

Beate Hellingrath  
Schriftführerin

Anlage:

Präsentation von Herrn Patt zu Tagesordnungspunkt ö 6